

Januar 1919 in Berlin – Der Mythos vom Spartakusaufstand und der Mord an Rosa Luxemburg

Zu zwei Neuerscheinungen¹

Von Dr. Reiner Tosstorff

Im Kalender der sich jetzt zum hundertsten Mal jährenden deutschen Revolution stellt der Januar 1919 einen besonderen Zeitpunkt dar. Waren die Tage des Novemberumsturzes zuerst in Kiel, dann in Berlin mit dem Regierungswechsel weitgehend friedlich verlaufen, weil die Herrschenden keine Unterstützung mehr für Monarchie und Krieg mobilisieren konnten, so spitzte sich die Lage in den folgenden Wochen zu. Denn mit dem Wechsel in der Regierungsform fürchteten die besitzenden Klassen, dass damit auch ihre Stunde geschlagen haben könnte – zumindest solange die Räte existierten und die Kräfte, die den Umsturz eingeleitet hatten, bewaffnet blieben. Die wachsende Polarisierung entlud sich im Januar in tagelangen Kämpfen in Berlin zwischen den Regierungstruppen und den zu ihrer Unterstützung organisierten Freikorps einerseits und den aufbegehrenden Arbeitern andererseits mit zahlreichen Toten. Sie gipfelte in der unmittelbar nach Abschluss der Kämpfe erfolgten Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als den vermeintlichen Drahtziehern dieses angeblichen kommunistischen Putschversuchs.

Die Mär vom "Spartakusaufstand", der sich nur konsequent aus dem "Dolchstoß" in der Heimat gegen die eigentlich siegreichen Truppen an der Front entwickelt habe, geistert seit 1919 herum. Dieser Mythos war gleichsam eine offizielle deutsche Ideologie, die in unterschiedlichen Variationen von den siegreichen Kräften vertreten wurde. Sie begannen bei der Sozialdemokratie, die durch ihren Regierungschef Friedrich Ebert und vor allem ihren Kriegsminister Gustav Noske letztlich den Oberbefehl innehatte und bewusst das fatale Bündnis mit den Militärs eingegangen war, auch wenn dies mit wachsendem räumlichen wie zeitlichen Abstand vom Machtzentrum der Partei mit zunehmendem schlechten Gewissen verbunden war. Und reichten zu den skrupellosen Rechtfertigungen mit gleichzeitigen Vertuschungsbemühungen, wie sie aus den Reihen der Täter und der ihnen unmittelbar verbundenen Kräften kamen. Obwohl nicht wenige seriöse Historikerinnen und Historiker in den letzten Jahrzehnten die auf diese Weise gesponnenen Märchen aufgedeckt haben, wovon am nachdrücklichsten zweifellos das 2017 auf Deutsch erschienene Werk des irischen Historikers Mark Jones "Am Anfang war Gewalt: Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik" argumentiert hat, hält es sich dennoch hartnäckig im öffentlichen Bewusstsein, wie es durch eine aufs breite Publikum zielende Publizistik geprägt wird. Unter dieser Überschrift "Spartakusaufstand" figuriert zum Beispiel der entsprechende Artikel noch immer auf Wikipedia. Ähnlich betitelte erst jüngst das einer Reihe Zeitungen beiliegende Blatt der evangelischen Kirche Chrismon (Nr. 11/2018, S. 50) einen Beitrag mit "Soldaten gegen Spartakus". Und der Literarchef der Frankfurter Allgemeinen, Andreas Platthaus, in dessen Feuilleton die Arbeit von Mark Jones noch hochgelobt worden war, schreibt fast durchgängig vom Spartakusaufstand in seinem im letzten Jahr erschienen Buch "Der Krieg nach dem Krieg: Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19" (in dem er auch seinem Mitredakteur und Rosa-Luxemburg-Herausgeber Dietmar Dath für die Manuskriptdurchsicht dankt).

Dabei ist der Ablauf der Ereignisse in allen Details rekonstruiert: Wie die Ablösung des vom Berliner Arbeiterrat eingesetzten Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, eines Mitglieds der USPD, am vierten Januar eine breite Protestbewegung hervorrief. Dazu rief zwar auch die erst wenige Tage zuvor aus dem Zusammenschluss des Spartakusbundes mit anderen Gruppierungen hervorgegangene Kommunistische Partei auf. Doch diese verfügte in Berlin nur über wenige Tausend Mitglieder. Der übergroße Teil der Tausenden von Demonstranten gegen diese

¹ Eine gekürzte Fassung erschien in der Sozialistischen Zeitung, Nr. 1/2019

Absetzung gehörte zur USPD, vor allem zu ihrem linken Flügel um die "Revolutionären Obleute", kam also aus dem früheren linken Flügel der SPD, der während des Kriegs mit ihr gebrochen hatte.

Die schiere Zahl der Demonstranten erzeugte bei den Organisatoren der Proteste, gerade bei den linken USPD-ern, das Gefühl, man könne und müsse jetzt auch weitergehen, als nur für den Verbleib des USPD-Polizeipräsidenten einzutreten. Doch über einen allzu vagen Aufruf zur Absetzung der Regierung Eberts kam man nicht hinaus. Wie wenig es nicht nur bei den Demonstranten, sondern eben auch bei den Parteiführungen klare Vorstellungen gab, zeigt sich daran, dass der harte Kern der Demonstranten nicht das Regierungs-, sondern das Zeitungsviertel besetzte.

Verhandlungsversuche wurden von der Regierung Ebert – Noske abgelehnt, die inzwischen Truppen, ergänzt von Freikorps, mobilisiert hatte. Parlamentäre, die eine Übergabe der besetzten Zeitungsdruckereien aushandeln wollten, wurden erschossen und alle Gebäude zurück erkämpft, wobei man eine Reihe von dabei gemachten Gefangenen ebenfalls erschoss. Obwohl die Bewegung schon aus rein zahlenmäßigen Gründen ganz wesentlich aus den Reihen der USPD gekommen war, wurde sofort das viel "tauglichere" Feindbild des kommunistischen, von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Auftrage Moskaus unternommenen Aufstandsversuchs, eben von Spartakus, kreiert. Sicherlich auch deshalb, weil die USPD ja ebenfalls die Bezeichnung "sozialdemokratisch" im Namen führte und damit die SPD an ihre vor dem Krieg vertretene Politik erinnern musste. Und schließlich galt es, für die Ermordung der Beiden wenige Tage danach eine Rechtfertigung zu finden, und sei es auch nur eine "mit Skrupeln behaftete" nach dem Motto, das war so nicht richtig, aber wer sich erhebt, muss damit rechnen, dabei umzukommen.

So sehr also der Mythos vom Spartakusaufstand verbreitet wurde, weil er nützlich war, so sehr konnte eigentlich für jeden, der das wollte, schnell klar sein, was wirklich abgelaufen war. Und das geschah sogar gleichsam amtlich, wenn auch öffentlich kaum wahrnehmbar und mit dem Bemühen, das möglichst unklar auszudrücken. Und das Ergebnis der Untersuchung wurde auch schnell weggesperrt. Doch dank der Bemühungen von Jörn Schütrumpf, Historiker bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und u. a. Herausgeber der Werke von Paul Levi, ist das jetzt für jeden in einem Reprint leicht zugänglich gemacht worden.

Bereits im März 1919 hatte die verfassungsgebende preußische Landesversammlung einen Untersuchungsausschuss zur Klärung der gesamten Abläufe eingesetzt. Dieser bestand aus Vertretern der diesem Landesparlament angehörenden Parteien und beschäftigte sich in monatelangen und detaillierten Zeugenanhörungen und unter Heranziehung von Dokumenten mit dem Ablauf der Ereignisse. Ursprünglich war beabsichtigt, dies auch zu den Kämpfen außerhalb Berlins, etwa im Ruhrgebiet, zu tun, erfolgte aber aus Zeitgründen nur für die Hauptstadt. Die Befragungen wurden protokolliert und anschließend mit den Dokumenten in einer umfangreichen parlamentarischen Aktenpublikation als Bericht des Untersuchungsausschusses veröffentlicht. Der umfangreiche Band erschien im Februar 1921.

Man sollte annehmen, dass er über die Jahrzehnte für die Historiker eine gesuchte und vielfach benutzte Quelle gewesen wäre. Dem war aber nicht so und das ist ganz offensichtlich den nicht ganz "passenden" Schlussfolgerungen geschuldet. Zunächst war die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts in der Zeit nach der Auflösung der Landesversammlung und vor der Wahl eines neuen Landesparlaments erfolgt. Damit gab es kein Parlament, was den vorgelegten Bericht normalerweise hätte diskutieren müssen. Für das neugewählte war er dann einfach erledigt, weil er ein Auftrag seines Vorgängers gewesen war.

Dabei hatten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten – der USPD-Vertreter war nach kurzer Zeit ausgeschieden, wobei man über die Gründe nur Mutmaßungen anstellen kann, und die KPD hatte eh die Wahlen boykottiert – alle Mühen gegeben, die Verantwortung auf die Linke abzuwälzen. Und so strotzt der Bericht auch von fragwürdigen Behauptungen. Z. B. wenn er über das Vorgehen der Soldateska, etwa den Gefangenerschießungen, einfach mit der Behauptung "lässt sich nicht aufklären" hinweggeht. Andererseits musste er, wenn auch in sehr gewundenen Worten, feststellen, dass bei Beginn der

Kämpfe die Meinungen gespalten waren: "Richtig ist, daß sowohl Unabhängige wie Kommunisten dabei eine führende Rolle gespielt haben, und daß auf der anderen Seite sowohl Unabhängige wie Kommunisten davor gewarnt haben." Zwar werden einige "geistige Leiter der Bewegung" wie Karl Liebknecht und Georg Ledebour (von der USPD) benannt, doch andererseits sei es keineswegs so gewesen, dass sie die Bewegung schon lange vorbereitet hätten und dann zu Beginn diejenigen gewesen wären, die "am eifrigsten zum Losschlagen drängten". Da das aber so nicht stehenbleiben konnte, denn dann wäre die Rechtfertigung für den nach der Niederschlagung dieser Kämpfe erfolgte Mord an Liebknecht und Luxemburg als Lüge entlarvt gewesen, fügte man hinzu, die Anführer der Proteste seien aber schon lange der Meinung gewesen, dass die SPD die Regierungsgewalt zu Unrecht innehatte und man auf die Bewaffnung des Proletariats hinarbeiten müsse.

Ein systematisch geplanter bewaffneter Aufstand sieht jedenfalls anders aus. Erst recht, wenn man von einer – in diesem Bericht natürlich nirgendwo konkret benannten, weil auch gar nicht benennbaren – Moskauer Hand reden will, die das Ganze dirigiert habe. Dessen ungeachtet sollte sie umso mehr Propaganda und Geschichtslügen bestimmen. Und so endete der Bericht passenderweise mit "Schlussfolgerungen", in denen auch wieder vom "Putsch" die Rede war. Zudem lässt er vor allem in den vielen abgedruckten Zeugenbefragungen erahnen, wie systematisch ein Spitzel(un)wesen aufgebaut wurde, mit dem die verschiedenen Gruppierungen der Linken durchaus auch in provokatorischer Absicht infiltriert worden waren. Was dabei allerdings unterschlagen wurde, war, dass die dafür nötigen Finanzen von gegenrevolutionären Kräften aus dem Bürgertum kamen, die reichlich den verschiedenen von der SPD geleiteten Institutionen unter die Arme griffen.

Es ist offensichtlich, dass insgesamt der Bericht bei so einer sperrigen "Beweisführung", für die man noch weitere Beispiele anführen könnte, unpassend war und deshalb, wie oben geschildert, entsprechend beerdigt wurde. Er erschien zwar als Anlage zu den preußischen Parlamentsprotokollen. Doch die waren nur in einigen größeren Bibliotheken und auch nur nach mühsamem Suchen zu finden. So geisterte der Hinweis auf den Untersuchungsbericht zwar in einigen Veröffentlichungen über die Novemberrevolution herum. Doch wurden seine Ergebnisse, wenn überhaupt, höchst selektiv verwendet, erkennbar mehr nach Hörensagen oder Vermutungen als nach Lektüre, entsprechend den eigenen Vorstellungen, was darin zu stehen habe. Dazu hat der Herausgeber Schütrumpf in seinem ausführlichen Vorwort zahlreiche Beispiele aufgeführt, angefangen mit Eduard Bernstein in dessen wenige Monate danach, im Frühjahr 1921, erschienenen Geschichte der Revolution. Darin benutzte er diesen Bericht eigenwillig als "Steinbruch", um "die eigenen Positionen zu stützen", wie Schütrumpf feststellt. Und diesem Vorgehen wurde über Jahrzehnte gefolgt.

Nun allerdings liegt dieser fünfhundertseitige und großformatige Bericht in einem schwergewichtigen opulenten Nachdruck vor, der zudem über die bereits erwähnte ausführliche Einleitung des Herausgebers und über ein detailliertes Sach- und Personenregister verfügt. Das Werk ist aufgrund seines sperrigen Charakters, der ja auch durch die enthaltene umfangreiche Materialsammlung bestimmt wird, zweifellos alles andere als ein flüssig zu lesendes Geschichtsbuch. Wer also eine Überblicksdarstellung sucht, sollte eher zu anderen Publikationen greifen, etwa dem neueren Überblick über die Novemberrevolution von Klaus Gietinger (November 1918: Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts, Edition Nautilus: Hamburg 2018) oder der klassischen Darstellung von Richard Müller (Neuausgabe Eine Geschichte der Novemberrevolution, Berlin 2011). Der hier vorliegende Reprint ist sicherlich zuallererst etwas für Bibliotheken, aber unverzichtbar, wenn man den Ereignissen dieser für die Novemberrevolution so entscheidenden Kämpfe in Berlin und dem propagandistischen Ringen um ihre Deutung und Verleumdung in allen Einzelheiten nachgehen will. Und es kann jetzt auch keine Ausrede geben, das nicht zur Kenntnis nehmen zu können und sich dementsprechend auch nicht damit auseinandersetzen zu müssen.

Drei Tage nach dem Ende der Kämpfe erfolgte schließlich die Verhaftung und anschließende Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als angebliche Rädelsführer durch das

Militär. Dabei zeichnete sich die Tat dadurch aus, dass die Spuren der Täter schnell verwischt wurden, nicht zuletzt dank guter Verbindungen bis in Teile der SPD-Führung, vor allem zu Gustav Noske. Ein Militärgericht führte eine Justizfarce auf, die Institutionen der Weimarer Republik machten sich dabei zu Komplizen, entweder durch offenes Eingreifen oder zumindest durch die Hinnahme.

Über diese historische Tragödie mit tiefgreifenden Folgen für die Geschichte der deutschen und internationalen Linken ist schon oft geschrieben worden. In Grundzügen konnten die Vorgänge bereits im Laufe der Weimarer Republik rekonstruiert werden, wurden aber nur zu einem Teil vor Gericht verhandelt, bis das Jahr 1933 weitere Aufklärung unterband und, im Gegenteil, die Mörder und ihre Komplizen rehabilitiert wurden. Aber auch nach 1945 gab es in der Bundesrepublik wenig Interesse an vertiefter Aufklärung, war dieses Verbrechen doch kompatibel mit dem antikommunistischen Konsens der Adenauer-Zeit. Erst nach 68 wurde intensiver nachgeforscht und schließlich auch einzelne Täter in den genauen Blick genommen.

Das größte Verdienst dabei hat Klaus Gietinger, der detailliert den ganzen Mordablauf zum ersten Mal 1995 detailliert rekonstruierte und dann zusätzlich 2009 auch noch die Person des Hauptmann Pabsts als Schlüsselfigur für den Mord, aber eben auch die Folgegeschichte für die Herausbildung des Faschismus in Deutschland in den genauen Blick nahm. Seine auch spannend zu lesende umfassende Darstellung der Tat von 1995 liegt jetzt in einer im Wesentlichen unveränderten Ausgabe erneut vor und bleibt weiterhin maßgeblich. Soweit wie das heute noch möglich ist, ist der ganze Vorgang darin nachgezeichnet. Bleibt allerdings noch immer die Frage nach historischen Lehren, die sich aber auch nur durch die politische Auseinandersetzung ergeben kann.

Nachsatz:

Wie sehr die gesamte Geschichtsschreibung der deutschen Revolution von Mythen, wenn nicht direkten Verfälschungen durchzogen ist, die dann von Historiker zu Historiker weiterzitiert werden, da sie offenkundigen Vorurteilen folgen oder durchsichtige Absichten bezwecken, lässt sich auch an vielen weiteren Beispielen nachzeichnen. Ottokar Luban hat jüngst in einem Beitrag zu einem Sammelband aufgezeigt ("Das verfälschte Geschichtsbild der deutschen Novemberrevolution 1918 in Berlin", in Reiner Zilkenat (Hg.), „... alle Macht den Räten!“. Die deutsche Revolution 1918/19 und ihre Räte, Berlin 2018, S. 165 – 191), wie die SPD-Führung nur kurz nach der Novemberrevolution die Version in die Welt setzte, die SPD habe am 9. November die Initiative in den Betrieben und Kasernen ergriffen, um die Monarchie zu stürzen. Tatsächlich waren die Bemühungen der SPD in den Tagen zuvor ganz darauf ausgerichtet, es nicht zum Umsturz kommen zu lassen. Doch als dieser nun einmal eingetreten war, kam es darauf an, sich selbst als Vorreiter der Entwicklung darzustellen. Es galt die Rolle der USPD und besonders die Initiativen ihres linken Flügels in Gestalt der Revolutionären Obleute zu den Streiks am frühen Morgen des neunten November 1918 in Berlin vergessen zu machen, die den Initialfunken zum Umsturz darstellten. Das geschah zuerst im Bericht des SPD-Parteivorstands an den Parteitag im Juni 1919 und wurde dann durch Memoiren "unterfüttert". Über Jahrzehnte wurde dies von vielen Historikern einfach abgeschrieben, ohne sich die tatsächliche Entwicklung noch einmal anhand der Fakten anzuschauen.

Jörn Schütrumpf (Hrsg.), "Spartakusaufstand". Der unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, Karl Dietz Verlag: Berlin 2018, 49 EUR

Klaus Gietinger, Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Neuauflage, Edition Nautilus: Hamburg 2018